

Hungerstreik vor dem Kanzleramt

Radar-Opfer wollen so endlich
Entschädigung erreichen

Von BURKHADD UHLENBROICH

Das gab es vor dem neu errichteten Kanzleramt noch nie: Der Bund zur Unterstützung Radargeschädigter Soldaten will vor dem Amtssitz von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit einem Hungerstreik für seine Rechte kämpfen! Zehn Personen sollen an dem Hungerstreik teilnehmen. Sie werden sich in einem offenen Zelt pavillon aufhalten, unter dem Wetterschutz gibt es Sitzgelegenheiten und Campingliegen. In unmittelbarer Nähe planen die Hungerstreikenden, ein Dixie-Klo mit Waschgelegenheit aufzustellen. Nach BamS-Informationen hat das Innenministerium „im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestages“ die Versammlung im Bereich Willy-Brandt-Straße vor dem Kanzleramt schriftlich genehmigt.

Die Angehörigen von Soldaten der Bundeswehr und der NVA wollen mit ihrer Hungeraktion Druck auf Verteidigungsminister Rudolf Scharping ausüben. Sie sind enttäuscht, dass bislang nur wenige Opfer der Krebs erzeugenden Radarstellungen anerkannt wurden. Peter Rasch vom Bund der Radargeschädigten kritisiert, dass mit den Strahlenopfern umgegangen werde wie nach dem Motto: „Versprochen, getröstet, verschaukelt, verstorben.“

Rasch zu BamS: „Natürlich werden keine erkrankten Soldaten am Hungerstreik teilnehmen, sondern Angehörige und Freunde von verstorbenen Opfern sowie Personen mit Erbschäden, die durch die Strahlen verursacht wurden.“

Am 10. Juni wollen die Demonstranten noch einmal ihre Sorgen dem Verteidigungsausschuss des Bundestags vortragen. Wenn die Forderungen dann immer noch nicht akzeptiert werden, will man den Hungerstreik vor dem neuen Kanzleramt als „letztes demokratisches Mittel“ einsetzen.

Peter Rasch: „Die Radar-Soldaten und die Hinterbliebenen sind nicht länger bereit, sich eine Menschen verachtende Behandlung gefallen zu lassen.“ Die Höhe der Forderungen für Gesundheitsschäden seit den 70er-Jahren richtet sich nach der Schwere der Erkrankung und beträgt zwischen 70 000 und 500 000 Euro. Die meisten betroffenen Soldaten und Beschäftigten hatten an amerikanischen Geräten gearbeitet.